

# Plädoyer für eine pädagogische Vielfalt

**Freie Schulwahl** Die Elternlobby plant im Kanton Solothurn die Lancierung einer entsprechenden Initiative

Eine Verfassungsinitiative solls möglich machen, nämlich die Wahl zwischen verschiedenen staatlichen, aber auch privaten Schulen. Derzeit bildet die Elternlobby im Kanton Solothurn ein Komitee. Die Lancierung der Initiative ist für Sommer geplant.

ELISABETH SEIFERT

Die Forderung ist radikal und rührt an den Grundfesten unseres Schulsystems: Eltern sollen unabhängig von ihrem Einkommen zwischen den einzelnen öffentlich anerkannten Schulen mit einer staatlichen und mit einer privaten Trägerschaft wählen können. Finanziert wird der Unterricht auch an Schulen mit einer privaten Trägerschaft über die Steuern. Die privaten Schulen erhalten dabei pro Schüler den Betrag, der von Kanton und Gemeinden im Durchschnitt für die entsprechende Anzahl Kinder oder Jugendlicher an einer staatlichen Schule bezahlt wird.

## «Pädagogisches Einheitsmenü»

Das will der Verein Elternlobby Schweiz. Und zwar, indem er in den einzelnen Kantonen Verfassungsinitiativen lanciert. Im Kanton Baselland ist eine solche vor gut einem Jahr eingereicht worden. In verschiedenen anderen Kantonen sind entsprechende Initiativen in Vorbereitung. An vorderster Front mit dabei ist auch Solothurn. Die Initiative ist formuliert. Derzeit ist Werner Grossenbacher, Solothurner Elternlobbyist und Vorstandsmitglied von Elternlobby Schweiz, damit beschäftigt, ein Initiativkomitee zusammenzustellen. Im Sommer soll die Initiative lanciert werden. Um die nötigen Unterschriften machen sich die Protagonisten keine Sorgen. «Im Baseltal hatten wir die Unterschriften innert kürzester Zeit beisammen», sagt Pia Amacher, Präsidentin von Elternlobby Schweiz.



LOBBYISTEN Pia Amacher und Werner Grossenbacher werben für die Idee der freien Schulwahl. FELIX GERBER

Freie Schulwahl, das funktioniert so: Die Eltern werden durch die Gemeinde darüber informiert, dass sie ihr Kind in einer Schule anmelden müssen. Sie erhalten kurze Infos über die privaten und staatlichen Schulen in ihrem Umfeld. Diese wiederum nutzen zusätzliche Medien, etwa das Internet, um ihr pädagogisches und strukturelles Profil zu präsentieren. Die Eltern wählen dann eine Schule, die am besten zu ihnen oder ihrem Kind passt.

«Heute wird den Schülern ein pädagogisches Einheitsmenü serviert», moniert Werner Grossenbacher. Eines zudem, das den intellektuellen Fähigkeiten ein sehr grosses Gewicht be-

messe. «Gefragt sind Schulen, die zum Beispiel auch künstlerische und handwerkliche Talente fördern.» Es gehe keineswegs darum, die staatlichen Schulen schlechtzumachen, unterstreicht Pia Amacher. «Mit der freien Schulwahl möchten wir aber eine Bildungsvielfalt ermöglichen, die den unterschiedlichen Bildungsbedürfnissen besser gerecht wird.» Rund 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler, so Amacher, benötigen teure therapeutische Zusatzleistungen, müssen Klassen wiederholen und belasten dadurch die Staatskasse. Diese Kosten würden bei einer freien Schulwahl wegfallen, ist die umtriebige Elternlobbyistin aus dem Ba-

## FEEDBACK

Ihre Meinung Was halten Sie von der freien Schulwahl? Sagen Sie uns Ihre Meinung per E-Mail: [sz-leser@vsonline.ch](mailto:sz-leser@vsonline.ch) oder schicken Sie eine SMS an 941 (20Rp.) mit dem ersten Wort zytig gefolgt von Ihrer Meinung (Name, Vorname und Wohnort nicht vergessen).

selbst überzeugt. «Die freie Schulwahl wird deshalb auch nicht, wie immer wieder befürchtet, zu einer Verteuerung des Bildungssystems führen, im Gegenteil, wir können sparen.»

Wenig hält Pia Amacher auch vom Argument der Gegner, die freie Schulwahl unterminiere die Chancengleichheit. «Heute können es sich nur Begüterte leisten, ihr Kind an private Schulen zu schicken. Und auch nur Reiche sind in der Lage, in eine Wohngegend mit anerkannt guten Schulen zu ziehen.» Die Initiative reklamieren gerade auch für weniger privilegierte Schichten das Recht auf die freie Wahl der Schule. Wie Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, entscheidet sich ein grosser Teil der Eltern für die nächstgelegene Schule.

Freie Schulwahl bedeutet eine grössere Autonomie der Schulen. Wird da nicht einem Wildwuchs Tür und Tor geöffnet? Werner Grossenbacher: «Wir

## ELTERNLOBBY SCHWEIZ

Dem Verein gehören Eltern und Lehrkräfte aus verschiedenen Schulen in staatlicher und privater Trägerschaft sowie Bildungsforscher und Juristen an. Schweizweit zählt der Verein rund 2000 Mitglieder, im Kanton Solothurn sind es etwa 150. Zahlreiche Mitglieder hat der Verein in der Gegend von Dornach, wo viele Schülerinnen und Schüler Privatschulangebote im Kanton Baselland nutzen. Der Verein vertritt die Interessen von Eltern, die eine freie Schulwahl wünschen. Er fordert die Mitbestimmung, aber auch die Mitverantwortung der Eltern, Schüler und Lehrpersonen in Schulfragen. (ESF)

WEITERE INFOS unter [www.elternlobby.ch](http://www.elternlobby.ch)

wollen die Schulen nicht völlig der staatlichen Kontrolle entziehen.» Die öffentliche Anerkennung auch einer privaten Schule sei Voraussetzung dafür, dass sie Steuergelder erhält. Die entsprechenden Schulen müssen etwa einen freien Zugang gewähren, ohne ethnische, religiöse oder finanzielle Einschränkungen. Und: «Die Schulen können auch, ganz im Sinne von Harmonie, dazu verpflichtet werden, Kernziele zu erreichen.» Im einem System mit einer freien Schulwahl würden einfach die vom Staat vorgegebenen Leitplanken weiter gesetzt.

## Eltern in der Verantwortung

Können Eltern frei wählen, in welche Schule sie ihre Kids schicken wollen, treten die Schulen in Konkurrenz zueinander. Das fördere die Schulqualität, so Amacher. «Wenn eine Schule weniger Anmeldungen hat als eine andere, dann muss sie eben etwas unternehmen, oder sie macht dicht.» Eine Schulplanung, wie wir sie heute kennen, wird damit natürlich hinfällig. Auch die (bedingte) Arbeitsplatzsicherheit für Lehrpersonen gehört der Vergangenheit an. «Andererseits genesen Lehrpersonen in teilautonomen Schulen mehr Unterrichtsfreiheit.»

Einen ganz entscheidenden Vorteil der freien Schulwahl erkennt Werner Grossenbacher in der stärkeren Einbindung der Eltern. «Im heutigen System können Eltern alles an den Staat delegieren.» Wenn sie indes selbst entscheiden, welche Schule ihre Tochter oder ihr Sohn besuchen soll, seien sie gefordert, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Und: «Sobald jemand freiwillig die Schule wählen kann, identifiziert er sich auch vielmehr mit dieser.» Das aber könne dem Lernprozess nur förderlich sein.

## Ein Postulat im Familien-Leitbild

«Alle Eltern sollen frei und unabhängig von Einkommen und Status unter den einzelnen Staatsschulen und nicht staatlichen Schulen diejenigen wählen können, die den Bedürfnissen ihrer Kinder und ihrer Familie entsprechen.» So steht nicht etwa im Initiativtext der Elternlobby, sondern in der – momentanen – Fassung des «Kantonalen Leitbildes für eine bedürfnisgerechte Familien-, Kinder- und Jugendpolitik». Das Leitbild ist im letzten Jahr in einem (eher ungewöhnlichen) basisdemokratischen Prozess entstanden. Für einmal waren es nicht Experten, die Leitsätze und Massnahmen entwickelten, sondern Eltern und Ju-

gendliche sowie Vertreter der Politik, der Jugendverbände und von Fachstellen. Damit das Leitbild Gültigkeit erlangt, muss es vom Departement des Inneren (DDI) gesichtet und von der Regierung abgesegnet werden. Was das für das Postulat der freien Schulwahl heisst, ist unklar. Laut Marcel Chatelain, Chef im Amt für soziale Sicherheit, gehört ein Bildungsthema aus formalen Gründen nicht in ein Leitbild des DDI. Und zur Forderung an sich meint er: «Für mich persönlich ist das System der Staatsschulen ein Garant für Chancengleichheit.» Die gewünschte Bildungsvielfalt indes führe zu einer Segmentierung der Gesellschaft. (ESF)